

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Frieden & Internationales  
Beschlussdatum: 05.01.2025

## **Änderungsantrag zu WP-01-K3**

### **Von Zeile 1031 bis 1034:**

~~Das Ende des Assad-Regimes in Syrien ist ein Aufatmen der syrischen Bevölkerung nach jahrzehntelanger Unterdrückung, Vertreibung und Folter. Damit verbunden ist die Hoffnung vieler Syrer\*innen auf ein Leben in Frieden und Freiheit. Auf diesem Weg wollen wir sie zusammen mit unseren Partnern unterstützen.~~

Mit dem Assad-Regime enden Jahrzehnte der Unterdrückung, Folter, Mord und Vertreibung in großen Teilen Syriens. Territoriale Konflikte mit den Nachbarstaaten sind unter Einbeziehung sowohl des Völkerrechts, als auch der gegenseitigen Sicherheitsinteressen zu lösen. Die Hoffnung vieler Syrer\*innen auf ein Leben in Frieden, Freiheit, Demokratie und Wiederaufbau soll sich für alle Konfessionen, Ethnien und Geschlechter erfüllen. Es braucht eine schrittweise Aufhebung von Sanktionen, unter der Voraussetzung, dass die Übergangsregierung sich auf die Achtung der Menschenrechte und demokratische Prinzipien verpflichtet. Die UN und die EU sollten Syrien bei diesem Transformationsprozess unterstützen.

## **Begründung**

Angesichts der tiefgreifenden Umwälzungen in Syrien sind hier mehr konkrete Aussagen zur künftigen deutschen Syrien-Politik notwendig. Für eine nachhaltige Entwicklung des Landes, die allen Menschen zugutekommt, ist eine Entwicklung in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit Grundrechtsschutz für sämtliche Bürger\*innen essenziell. Den dafür notwendigen konstitutionellen und institutionellen Weg müssen Deutschland und die EU als Ganzes befördern, auch wenn die Herausforderungen groß sind. Dabei kann die EU Einfluss auf die Entwicklung des Landes nehmen, indem die Aufhebung von Sanktionen und die darüber hinausgehende Kooperation und Unterstützung an klare Bedingungen geknüpft wird, in deren Zentrum die Menschenrechte und demokratische Strukturen stehen. Anstelle einer Vielzahl von Milizen muss ein rechtsstaatlich abgesichertes Gewaltmonopol des Staates treten.

Das Ende des Assad-Regimes in Syrien bietet grundsätzlich auch die Chance für einen Friedensschluss mit Israel. Hier braucht es eine Lösung im Rahmen des Völkerrechts, die die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigt. Auch eine gegenseitige Anerkennung der syrisch-türkischen Grenze erscheint nun möglich.